

MEXIKO

Unklarer Urnengang



"Wer wählen geht, den muss man bei seinem Namen nennen: Komplize." Protest während einer Demonstration der "Anderen Kampagne" am Wahltag in Mexiko-Stadt. (Foto: Kristin Gebhardt)

Knapp zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen sieht sich der offiziell knapp unterlegene López Obrador als Opfer eines Wahlbetrugs. Unterstützung bekommt der gemäßigt Linke auch von radikalen Kräften.

Manipulierte Computer, unterschlagene Stimmen, Schmutzkampagnen – mit schwerwiegenden Vorwürfen kritisiert der offiziell unterlegene Kandidat Andrés Manuel López Obrador das Ergebnis der mexikanischen Präsidentschaftswahlen. Der gemäßigt linke Politiker der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) spricht von einem "Wahlbetrug". Um zu beweisen, dass er beim Urnengang vom Sonntag vergangener Woche tatsächlich um den Sieg betrogen wurde, hat seine Partei vor wenigen Tagen Klage beim Bundeswahlgericht eingereicht. Zudem macht López Obrador, den alle nach seinen Insignien schlicht Amlo nennen, an der Basis mobil: Seit Mittwoch sind PRD-Anhänger aus ganz Mexiko auf den Beinen. Für den kommenden Sonntag hat der Politiker zu einer Großkundgebung im Zentrum von Mexiko-Stadt aufgerufen. An dieser von ihm "Informations-Versammlung" genannten Aktion wird wohl mindestens eine Million Menschen teilnehmen.

Der Druck der Straße soll eine Forderung durchsetzen: "Stimme für Stimme, Wahllokal für Wahllokal." So war es bereits auf vielen Schildern während einer Kundgebung zu lesen, die am vergangenen Samstag am gleichen Ort mit rund 250.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattfand. Die PRD fordert, dass alle Stimmzettel einzeln gezählt werden. Nur so könne der wirkliche Sieger ermittelt werden. Bei den beiden bisherigen Auszählungen waren nur die Ergebnislisten der jeweiligen Wahlbüros verwandt worden. Demnach hat der klerikal-konservative Felipe Calderón von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) gewonnen. Allerdings mit äußerst knappem Vorsprung:

nur 0,6 Prozent, und damit etwa 236.000 der insgesamt 41 Millionen abgegebenen Stimmen trennen ihn von seinem Konkurrenten. Da das mexikanische Gesetz keinen zweiten Wahlgang vorsieht, gewinnt der Anwärter mit den meisten Stimmen. Zwar stieß dieses fragwürdige System bis hin zum amtierenden Präsidenten Vicente Fox (PAN) auf Kritik, an eine Gesetzesreform zur Einführung einer Stichwahl ist aber während der Auseinandersetzungen um die Macht im Staat nicht zu denken.

Also zählt jeder Stimmzettel. In 55.000 der insgesamt über 130.000 Wahllokale habe man Unregelmäßigkeiten ausgemacht, erklärt die PRD. So seien in vielen Bezirken mehr Stimmen abgegeben worden als Wähler registriert waren, und so manche Urne sei schon vor Öffnung des Wahllokales mit Stimmzetteln vollgestopft gewesen. Bereits in der vergangenen Woche waren Listen ausgezählter Stimmen und andere Unterlagen der Wahlbehörde auf einem Müllplatz nahe Mexiko-Stadt gefunden worden. López Obrador hat zudem zwei Videos vorgelegt, die Betrugsmanöver an den Urnen beweisen sollen.

Wahlbehörde blockt ab

Um angesichts solcher Ungereimtheiten die Stabilität im Land zu garantieren, "müssen alle Stimmen neu gezählt werden, und wenn wir dann immer noch verloren haben, ist die Sache erledigt", erklärte Manuel Camacho Solís, der für die Koordination der PRD-Basismobilisierung zuständig ist. Dies widerspreche dem Wahlgesetz, erwidern PAN-Politiker wie der Calderón-Wahlhelfer Javier Lozano. Nur Urnen, bei denen Unklarheiten existieren, dürften ge-

öffnet werden. Auch die Nationale Wahlbehörde (IFE) sperrt sich bislang gegen die Öffnung aller Behälter.

Nicht nur aus diesem Grund steht die IFE bei der PRD in der Kritik. Ein Software-Programm, das zur Auswertung verwendet wurde, sei manipuliert worden, heißt es. Die IFE, die in den Neunzigern zur Gewährleistung sauberer Wahlen gegründet wurde, sei zu einer "unausgeglichene Behörde" mutiert, kritisiert die linke Journalistin Blanche Petrich. Sie verweist auf die enge Beziehung zwischen Calderón und dem IFE-Vorstand Luis Carlos Ugalde. Auch internationale Beobachter sind skeptisch: Nach Meinung der US-amerikanischen Organisation Global Exchange hat die "IFE die Partei bevorzugt, die an der Regierung ist".

Der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso hingegen bescheinigte der Wahlbehörde, "sie habe sehr transparent gearbeitet". Dies habe eine EU-Beobachtermission bestätigt. Die US-amerikanische, kanadische, kolumbianische und spanische Regierung erkannten die Wahl Calderóns nur wenige Stunden nach der Verkündung des umstrittenen Ergebnisses an. Anfang dieser Woche gab sich die US-Regierung jedoch zurückhaltender. Man sei wohl etwas voreilig gewesen, hieß es aus dem Weißen Haus.

Vor allem aber in Mexiko selbst nimmt die Skepsis zu, und das ist angesichts der Erfahrungen im Land nicht verwunderlich. Über 70 Jahre lang regierte die Partei der Institutionellen Revolution (PRI) mit einem Konglomerat von hohen Militärs, Unternehmern, Gewerkschaftern und Politikern das Land. Wahlbetrug gehörte zum Alltag. Im Jahr 1988 hinderte die

PRI-Führung den späteren PRD-Gründer Cuauhtémoc Cárdenas durch ein Betrugsmanöver am Sieg der Präsidentschaftswahl. Naheliegender also, dass sich nun kritische Gewerkschafter, Bauernvertreter, Stadtteilaktivisten und sogar Politiker der PRI hinter López Obrador stellen. Wer bereits jetzt von einem Ende der Wahlen spreche, irre sich, meinte etwa der PRI-Senator Manuel Bartlett. Es müsse klar gestellt werden, dass die wirtschaftlich Mächtigen nicht das Resultat bestimmen dürften, erklärte er mit Blick auf zwei dominante Medienkonzerne, die offensiv für Calderón warben. Auch gegen diese einseitige Parteinahme und insbesondere die große Menge an Geld, die der PAN-Politiker für den Wahlkampf locker gemacht hat, klagt Amlo. Der Konkurrent habe mehr ausgegeben als zulässig.

Kritik von links

Schützenhilfe bekommt López Obrador auch aus der radikalen Linken. Der Sprecher der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN Subcomandante Marcos sprach von einem großangelegten Betrugsmanöver der Regierung Fox und ist sich sicher: "López Obrador hat die Wahlen gewonnen." Zwar stellte der Zapatist umgehend klar, dass man die PRD und ihren Kandidaten nicht als Freunde betrachte. Dennoch ist es ungewöhnlich, dass sich Marcos überhaupt zum diesem Thema äußerte. Schließlich hatte er im Rahmen der von den Zapatisten initiierten bündnispolitischen "Anderen Kampagne" immer wieder betont, man wolle mit dem Wahlspektakel nichts zu tun haben. Und die von den indigenen Rebellen im Bundesstaat Chiapas kontrollierten Gemeinden boykottierten die Wahlen. Der PRD-Mann, so stellte Marcos immer wieder klar, sei die "linke Hand der Rechten" und verfolge wie alle anderen Präsidentschaftsanwärter ein "neoliberales" Politikmodell.

Diese Kritik ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Zwar hat sich Amlo durch einige Sozialreformen während seiner Amtszeit als Hauptstadt-Bürgermeister einen guten Namen bei den Armen gemacht. Zugleich hat er aber eng mit Unternehmern zusammengearbeitet und präsentierte sich in internationalen Medien als "Mann der Mitte". Gemeinsam mit Lateinamerikas reichstem Mann Carlos Slim brachte er das historische Zentrum von Mexiko-Stadt auf Vordermann, und regierungsnahe US-amerikanische Institutionen sehen in einem Staatschef López Obrador keine Gefahr für das künftige Verhältnis zwischen Mexiko und dem reichen Nachbarn im Norden. Der PRD-Mann sei ein "moderater Linker" und an der makroökonomischen Stabilität seines Landes interessiert, bescheinigte ihm der renommierte US-Council of Foreign Relations.

Kritiker aus der radikalen Linken werfen ihm vor, dass er selbst in der ehemaligen

Staatspartei PRI groß geworden ist und deren autoritäres Führungsverhalten übernommen habe. "Viele unsere alten Feinde aus der PRI wollen uns heute als PRD-Politiker sagen, wo es lang geht", kritisiert der PRD-Mitgründer und Politaktivist Marco Rasgón. Man habe die Partei als oppositionelle Kraft nicht zerstören können, also habe man sie unterwandert. Rasgón verweist darauf, dass sich López Obrador für seinen Wahlkampf mit Leuten umgeben hat, die einst hohe Funktionen in der Staatspartei inne hatten. Etwa Kampagnen-Berater Camacho Solís. Ebenso wie der Amlo-Verteidiger Bartlett gehörte er zu den PRI-Politikern, die 1988 aktiv am Wahlbetrug beteiligt waren, um einen Sieg des oppositionellen Cárdenas bei den Präsidentschaftswahlen zu verhindern.

Wahlgericht entscheidet

Ob sich López Obrador durchsetzen wird? Immerhin kann der gelernte "PRI-ist" auf umfangreiche Erfahrungen zurückgreifen, wenn es um die Mobilisierung der Basis für seine Interessen geht. Als er 1996 um den Gouverneursposten im Bundesstaat Tabasco kämpfte, trennten ihn nur wenige Stimmen vom Sieg. Auch damals kritisierte er einen "Wahlbetrug". Mit Unterstützung der Arbeiter des staatlichen Erdölunternehmens Pemex machte er gegen das Ergebnis mobil. Die Kollegen besetzten Bohrtürme, und seine Anhänger zogen in die Hauptstadt. Allerdings ohne Erfolg.

Als ihn später Widersacher wegen eines kleinen Verwaltungsvergehens – er hatte ohne Genehmigung einige Meter Straße bauen lassen – aus dem Bürgermeisteramt in Mexiko-Stadt vertreiben wollten, mobilisierte er wieder. Gewerkschafter, Bauern, Intellektuelle, Stadtteilaktivisten – über eine Million Menschen ging im April 2005 auf die Straße, um "das Komplott der PAN-Regierung und der PRI" zurückzuweisen. Es sollte sein größter Erfolg werden. Präsident Fox machte einen Rückzieher, das Verfahren wurde eingestellt und Amlo bereitete seine Anhänger in einem fulminanten Diskurs auf neue Ziele vor. "Das war nicht die Rede eines Bürgermeisters, das war die Rede des nächsten Präsidenten Mexikos", erinnert sich der mexikanische Soziologieprofessor Sergio Zermeno.

Von diesem Ziel trennen López Obrador bislang noch 236.000 Stimmen. Die könnte er, sollte der Vorwurf des Wahlbetrugs Substanz haben, mit einer Neuauszählung erhalten. Auf jeden Fall wird die landesweite Mobilisierung dieser Tage zu einem weiteren Meilenstein seiner Karriere. Ob er sich doch noch Hoffnungen auf die Präsidentschaft machen kann, wird das Wahlgericht entscheiden. Bis spätestens 6. September müssen die Richter ihr Urteil fällen. Für Amlo ist schon jetzt klar: "Ich werde meinen Sieg verteidigen."

Wolf-Dieter Vogel

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexiko-Stadt.